

# **Stellungnahme zum Haushaltsplan 2011 der Gemeinde Maisach**

**Donnerstag, 3. Februar 2011**

**Fraktion: Freie Wähler der Gemeinde Maisach**

**Fraktionsvorsitzender: Gottfried Obermair**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Für die Aufbereitung der Daten, die diesem Haushalt zugrundeliegen, möchten wir, die Fraktion der Freien Wähler, uns bei den Mitarbeitern der Kämmerei, insbesondere bei Frau Braumüller recht herzlich bedanken.

Wie jedes Jahr möchten wir uns aber auch bei all denjenigen Kräften bedanken, die in den vergangenen Jahren immer ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Absicherung der Gemeinde Maisach geleistet haben, bzw. auch weiterhin leisten werden. Dies sind allen voran unsere Arbeitnehmer, das Gewerbe, die Landwirtschaft und nicht zu vergessen die vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger in unserer Gemeinde.

Ein Dank aber auch an alle Mitarbeiter der Verwaltung, des Bauhofes und des Wasserwerkes, die mit ihrem Einsatz und dem verantwortungsvollem Umgang der übertragenen Liegenschaften, Mittel und Gerätschaften ebenso ihren Beitrag zur finanziellen Stärke der Gemeinde Maisach leisten.

Darf man unserer Kämmerin Glauben schenken – und wer von uns wäre schon rein fachlich in der Lage, ihren Analysen zu widersprechen – geht sie davon aus, dass wir nach wie vor in den kommenden Monaten und Jahren sehr vorsichtig planen und kalkulieren müssen.

So prognostiziert Fr. Braumüller bei der Entwicklung der Einkommenssteuer keine Steigerung für dieses Jahr.

Auch die Einnahmen der Gewerbesteuer dürften in 2011 ähnlich wie die in 2010 sein und mit ca. 150 T€ lediglich eine leichte Steigerung erfahren. Eine Steigerung die jedoch vorwiegend auf die in 2010 beschlossene Erhöhung der Hebesätze um 30%-Punkte zurückzuführen ist.

Erfreulich in diesem Zusammenhang ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER, dass wir im vergangenen Jahr mit Wirkung für dieses Jahr weder eine Erhöhung der Hebesätze, noch eine Erhöhungen von Steuern, wie Grund- oder Hundesteuer oder Gebühren, wie Grab-, Freibad- oder Kindergartengebühren diskutieren und festlegen mussten. So wie wir als Gemeinde, brauchen auch unsere Unternehmen und letztendlich auch unsere Bürgerinnen und Bürger eine gewisse finanzielle Planungssicherheit. Deshalb wäre es äußerst wünschenswert und unserem kommunalpolitischem Geschick vorbehalten, wenn wir Steuer- und Gebührenerhöhung zumindest für die nächsten drei bis fünf Jahre aussetzen, bzw. vermeiden könnten.

Wenn ich nun den uns vorliegenden Haushalt 2011 mit dem des vergangenen Jahres vergleiche, mutet es tatsächlich an, dass sich die finanzielle Lage zwar noch nicht entspannt, aber zumindest im Vergleich zur schwierigen Situation gegenüber 2010 – ich sag mal ganz vorsichtig – ein klein wenig beruhigt hat. War im letzten Jahr noch das Problem, dass wir die Mindestzuführung in den Vermögenshaushalt nicht leisten konnten, so dürfen wir nach vorliegendem Haushaltsplan wieder von einer Zuführung von rund 75.000 € ausgehen – was der gesetzlichen Mindestzuführung entspricht.

Auch der Rücklagenstand von 6,2 Mio € im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt vor einem Jahr mit 3,5 Mio € hat sich zumindest optisch verbessert. Allerdings täuschen diese Zahlen über die tatsächliche Situation hinweg, denn in 2011 müssen um den vorliegenden Haushalt auszugleichen, rund 4,72 Mio € aus unseren Rücklagen entnommen werden, um geplante Projekte finanzieren, bzw. vorfinanzieren zu können. Die bedeutet wiederum, dass sich die Rücklagen zu Beginn 2012 auf bedrohliche 1,48 Mio € reduzieren werden.

Zwei weitere Bereiche in unserem Kommunalhaushalt, stellen sich in einem ersten Blick gar nicht allzu besorgniserregend dar, jedoch bei genauer Analyse könnten sie doch tiefe Sorgenfalten erzeugen.

Da wäre zum einen der Vermögenshaushalt:

Wir sollten nicht allzu großzügig zur Kenntnis nehmen, dass von den 12 Mio. € Einnahmen im Vermögenshaushalt sich stattliche 4,72 Mio € aus den eben

angesprochenen Rücklagen und weitere stattliche 3,6 Mio € aus Grundstücksverkäufen zusammensetzen – einer Summe von insgesamt 8,32 Mio € - oder anders dargestellt: das sind knapp 70% der „Einnahmen“ unseres Vermögenshaushaltes.

Jedoch, diese 70%, bzw. diese 8,32 Mio € Einnahmen stehen uns bereits schon ab 2012 nicht mehr zur Verfügung. Allein das Rücklagenvolumen wird – wie bereits erwähnt – bis Ende 2012 auf knapp 1,5 Mio € zurückgehen. Auch werden uns die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen nicht laufend in dieser Höhe zur Verfügung stehen, denn ich hab das schon ein paar Mal erwähnt: bei den Grundstücken handelt es sich nun mal nicht um „nachwachsenden Rohstoff“, den wir jährlich und uneingeschränkt ernten können. Was einmal weg und verkauft ist, ist nun mal weg. Somit meine Damen und Herren, erlauben Sie mir schon die Frage, welche Werte, welche Ressourcen wir den nachfolgenden Generationen hinterlassen wollen?

Der zweite Bereich, der auffällt, sind die Ausgaben im Verwaltungshaushalt – deutlicher: die steigenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt.

Die Diskussion um die Kreisumlage lasse ich jetzt mal außen vor, jedoch sollte uns allen bewusst sein, dass der Kreis viele Aufgaben für unsere Bürgerinnen und Bürger – angefangen von sozialen Einrichtungen, Personenbeförderung über Straßenbau bis hin zu den schulischen Einrichtungen - wahrnimmt. Und wer möchte heute nicht seinen Kindern die beste schulische Ausbildung in Realschulen, Gymnasien, Fach- oder Berufsoberschulen gewährleisten?

Der finanzielle Spielraum im Kreis – und das einmal an alle gerichtet, die sich emotional aus unserem Kreis gegen die Kreisumlage erheben – ist äußerst gering. Und wer über schlechte Kreisstraßen jammert, muss wissen, dass Reparaturmaßnahmen dem Kreis Geld kosten.

Erschwerend kommt dazu, dass die Bundesregierung Gesetze beschließt und gleichzeitig die Pflichten gemeinsam mit der zugehörigen finanziellen Belastung an die Regionen delegiert. Ich erwähne hier nur als ein Beispiel die geplanten Ausgaben für die Jugendhilfe im Landkreis Fürstfeldbruck mit über 16 Mio. Euro (Personalkosten nicht eingerechnet) – diese sozialen Leistungen müssen über uns, über unsere Gemeinde mitfinanziert werden.

Deshalb möchte ich schon meinen Appell an die hier vertretenen Gemeinderatsmitglieder richten, deren Partei im Moment die Regierungskoalition stellt: fordern Sie Ihre Abgeordneten auf, sich im Bundestag für Regelungen im sozialen Bereich einzusetzen, die die Kommunen nicht be-, sondern entlasten. Soviel geschätzte Kolleginnen und Kollegen meine Anmerkung zur Kreisumlage.

Zurück zu unseren Ausgaben im Verwaltungshaushalt.

Steigende Ausgaben sind auch bei den Personalausgaben (um 160 T€) oder bei den Zuschüssen für Kindertagesstätten (um 330 T€) zu beobachten.

Rückgängig – zumindest im Verwaltungshaushalt ausgewiesen - sind Kosten für Gebäude- und Straßenunterhalt um ca. 195 T€. Wobei genauer betrachtet diese Kosten nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben sind und unseren nächsten Haushalt in 2012 wieder stärker belasten werden.

An dieser Stelle können wir unserer Kämmerin nur zustimmen, die hier als Beispiel die Fördergelder für Gebäudesanierung aufführt und zurecht sehr kritisch anmerkt, dass der Staat nur Zuschüsse für Generalsanierungen gewährt – also wenn 50% der Neubaukosten erreicht werden. Und diese 50% sind wiederum schnell erreicht, sofern eine Kommune über 30 Jahre den Unterhalt ihrer Liegenschaften vernachlässigt – und im Ausgleich kommt sie dann in den Genuss von Fördermittel. Hingegen Kommunen – und da zähle ich unsere Gemeinde hinzu, die ihre Gebäude zeitnah und vernünftig unterhalten, die müssen auf entsprechende Fördermittel verzichten. Auch das liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre ein reformbedürftiger Ansatzpunkt auf Landes- und Bundesebene - - - Sie wissen inzwischen, an welche Partei ich appelliere.

Für uns alle, und da sind wir, von der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Ihnen allen auch sehr dankbar, war es in der Vergangenheit nie eine Frage, unsere Liegenschaften vernünftig zu unterhalten. Unsere gemeindlichen Bauten können sich sehen lassen und ich bin mir sicher, dass unser gemeinsames Bestreben auch weiterhin dem Erhalt unserer Liegenschaften im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gelten wird.

Das Beispiel unserer Hauptschule zeigt jedoch, dass man sich gegen Vorschriften – besonders was den Brandschutz betrifft, nie in Sicherheit wiegen darf und deshalb ungeahnte Kosten auch in Zukunft unseren Gemeindeetat unverhältnismäßig belasten könnte. Auch hier ist die Sinnhaftigkeit von

Verordnungen zu hinterfragen: warum ist in einem Gebäude ausreichend Brandschutz gewährleistet, wenn ich keine Umbaumaßnahme durchführe, jedoch sobald eine Wand versetzt wird, sich der Bestandsschutz aufhebt und umfangreiche Brandschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ohne Ihnen heute einen großen Vortrag über Energieeffizienz, Energieeinsparung oder Erneuerbare Energien halten zu müssen, ist das doch einer der Wege, die wir aufgrund von Nachhaltigkeit und kommunaler Wertschöpfung weiter und deutlich erkennbarer bestreiten müssen. Die Energiekosten der nächsten Jahre und Jahrzehnte werden sich gewaltig auf den Gemeindehaushalt auswirken und ohne Gegenmaßnahmen leider eine kontinuierlich steigende Verlässlichkeit einnehmen. Alleine deshalb sollte und muss es unser Bestreben sein, nicht kurzfristig die Kosten von Neubauten, sondern langfristig die Unterhaltskosten im Auge zu behalten. Denken Sie nur an die Kosten für die umfangreichen energetischen Sanierungsmaßnahmen, die wir in den letzten beiden Jahren an unseren Liegenschaften durchgeführt haben: also Gelder, die unbedingt investieren werden mussten, um mittel- und langfristig die Energiekosten zu verringern.

Wenn wir künftig gleich zu Beginn von Neubauten auf diese „Gegebenheit“ achten, vermeiden wir nicht nur Energiekosten sondern auch spätere Kosten für umfangreiche Sanierungen. Ganz davon zu schweigen, dass wir unseren maximal möglichen Anteil an den energetischen Landkreiszielen von „Ziel 21“ leisten sollten und müssen. Mit unserem neuen Kindergarten in Maisach-Ost können hier mit einem guten Beispiel vorausgehen.

Was in diesem Haushalt nicht berücksichtigt wurde – vielleicht auch noch nicht so richtig in Zahlen berücksichtigt werden kann, ist die demografische Entwicklung im Allgemeinen und speziell in unserer Gemeinde.

Das Ziel des Bürgermeisters ist vordergründlich, mit der Ausweisung von Baugrundstücken junge Familien nach Maisach zu locken. Diese Verlockung hört sich gut an, denn dadurch sollten unsere Kindergärten und Schulen gefüllt sowie der Geldfluss der Einkommenssteuer auch in Zukunft garantiert werden.

Jedoch, wer garantiert uns, dass sich nur junge Familien bei uns ansiedeln, die einerseits für den nötigen Nachwuchs sorgen und andererseits mit guten Gehältern die gemeindlichen Steuereinnahmen sichern? Was ist, wenn diese

Leute älter werden? Wer füllt dann unsere Kindergärten? Weisen wir dann wieder großflächig Bauland aus um wieder junge Familien nach Maisach zu locken? Wie lange halten wir das durch? Können unsere Landwirte weiterhin auf nötigen Ackergrund verzichten? Vergessen Sie nicht meine Anmerkung von vorhin, dass es sich bei unseren Flächen nicht um „nachwachsenden Rohstoff“ handelt!

Letztendlich wird es so sein, dass unsere Gemeinde wächst und wir uns eben auch mit der demografischen Entwicklung in Zukunft deutlicher und intensiver als bisher auseinandersetzen müssen. Das bedeutet, dass wir mittelfristige Lösungen und Angebote für Senioren rechtzeitig bereitstellen, bzw. ermöglichen müssen. Ich spreche von Angeboten über seniorengerechte Einkaufsmöglichkeiten, Beförderungsmöglichkeiten, Freizeitangebote bis hin zur ärztlichen Versorgung. Darf man den kürzlich veröffentlichten Daten des Planungsverbandes München für die Gemeinde Maisach Glauben schenken, dann dürften in den nächsten zwei Jahrzehnten in unserer Gemeinde ca. 4 bis 5.000 Bürgerinnen und Bürger in einem Alter von über 60 Jahren wohnen. Das würde einem Anteil von 30% unserer Bevölkerung entsprechen, die eben einen Anspruch auf „mehr Lebensqualität im Alter“ fordern werden.

Wir unterstützen zwar alle auf der einen Seite den Bau von Seniorenheimen, doch der Wunsch jedes einzelnen – und da müssen wir nur in uns gehen und uns vorstellen, wie wir unseren Lebensabend verbringen möchten. Da reift doch ganz schnell in uns die Vorstellung, so lange als irgendwie möglich den Ruhestand in den eigenen vier Wänden, im eigenen Garten zu verbringen. Und genau das ist die Herausforderung, der wir uns stellen müssen.

Mit diesem Ziel vor Augen muss sich Maisach auf dem bestehenden Niveau weiterentwickeln und ich hoffe, dass wir dieses Ziel in den nächsten Monaten näher in den Focus unserer kommunalen Arbeit, unserer sozialen Verantwortung gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern rücken.

Abschließend meine Damen und Herren, möchte ich es Ihnen heute ersparen, einzelne Haushaltspositionen aus Sicht der FREIEN WÄHLER zu kommentieren, denn ausschlaggebend wird immer sein, wie wir uns im Gemeinderat zu einzelnen Maßnahmen entscheiden - vor allen Dingen wenn es letztendlich darum geht, Gelder entsprechend freizugeben.

Die Fraktion der Freien Wähler wird dem **Haushaltsplan 2011** zustimmen.

Die **Finanzplanung 2012-2014** in Anlage nehmen wir soweit zur Kenntnis. Bedarfsgerechte Verschiebungen von geplanten Maßnahmen aus unserer Sicht behalten wir uns vor, stimmen jedoch den Gesamtsummen von geplanten Ein- und Ausgaben der Finanzplanung im Vermögens- und Verwaltungshaushalt zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Maisach, den 3. Februar 2011*

*Gottfried Obermair*

*Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler der Gemeinde Maisach*